

*Diethild Harrington-Müller, Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats 1873—1910.*

Verlag Hermann Böhlaus Nachf. Wien-Köln-Graz 1972, 195 S., brosch. (Studien z. Geschichte d. Österreichisch-Ungarischen Monarchie 11).

Die vorliegende Studie behandelt ein Thema, das über die Problematik des Liberalismus in Österreich hinausgehend Interesse beanspruchen darf, untersucht sie doch die Organisation und Arbeitsweise einer politischen Gruppierung unter den Bedingungen eines Klassenwahlrechts. Die Verfasserin vermag sehr einleuchtend darzulegen, daß auch in Österreich der Begriff der Partei noch sehr unscharf ist und jener organisatorischen Festigkeit ermangelt, die den heutigen politischen Parteien eignet; ebenso wird klar, daß das Klassenwahlrecht mit dazu beitrug, den Abgeordneten eine größere Flexibilität im praktischen politischen Handeln zu sichern, wohingehend bekanntlich voll demokratisierte Parteien mehr dazu neigen, ihre Mandatsträger stärker an die Parteibasis zu binden, — bis hin zu der heute vertretenen extremen Forderung des imperativen Mandats.

Waren die Liberalen des „Fortschrittsklubs“ in dieser Hinsicht besser daran, so wirkte sich derselbe Tatbestand — die relativ große politische Manövrierfähigkeit der einzelnen Abgeordneten — insofern wieder negativ aus, als er die Willensbildung innerhalb der Fraktion (falls man von einer solchen überhaupt sprechen kann) erschwerte oder gar unmöglich machte. Dies zeigte sich sehr deutlich bei politischen Kernfragen, die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie immer wieder auf der Tagesordnung standen: Nationalismus, Antisemitismus, soziale Fragen etc. Besonders nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts fand sich der Fortschrittsklub in einem völlig geänderten politischen Kontext, der seine Rückwirkungen auf das Parteiverhalten selbst haben mußte. Die liberalen Forderungen waren weitgehend erfüllt und der Versuch des „jüngeren Fortschrittsklubs“, stärker als bisher auf die nationalen Belange umzuschalten, mußte schon deshalb mißlingen, weil hier die nationaldemokratischen Parteien der verschiedensten Couleurs und Nationen schon aus strukturellen Gründen (kleinbürgerlich-chauvinistisches Wählerpotential!) hier in der Vorhand waren.

Überhaupt wird man sich fragen müssen — und die Autorin ist sich dieser Problematik sehr wohl bewußt — ob es angängig ist, den „Fortschrittsklub“ der 70er Jahre mit dem der 90er Jahre und dem Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende zusammen als eine politische Einheit zu betrachten. Die Identität der Bezeichnung scheint eher irreführend. Hier macht schon die Tatsache stutzig, daß nach der Prosopographie der jeweiligen Mitglieder im jüngeren Klub ein starkes Überwiegen der Abgeordneten aus den böhmischen Ländern festzustellen ist, während im älteren Klub in etwa von einem Gleichgewicht mit den Abgeordneten aus den Alpenländern gesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, ob sich nicht ein klareres und schlüssigeres Bild des Fortschrittsklubs ergeben hätte, wenn die Herkunft der Abgeordneten aus Brennpunkten des Nationalitätenkampfes stärker berücksichtigt worden wäre.

Ungeachtet dieser Fragen stellt die Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Parteiengeschichte der Donaumonarchie dar. Klarheit und Souveränität der Darstellung verdienen besondere Erwähnung, da dies heute bei wissenschaftlichen Arbeiten leider nicht mehr selbstverständlich ist.